

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark auswärts. Zustellungsgebühr. Bei Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im ausländischen Zeitungswesen unter der Halle-Zeitung eingetragene, für unvollständig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Halle-Zeitung gestattet. Herausgeber der Halle-Zeitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133, des Besuchs-Kontos Leipzig Nr. 4600.

Halle-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

werden die 7 gefalteten Kolonnen und deren Raum mit 30 Pf. berechnet und in unseren Anzeigenstellen und allen Anzeigenstellen angenommen. Reklamen die Seite 1 bis 4. Ende der Anzeigen-Anzahl vor dem 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheinungst. 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Buchenaustraße 17. Neben-Geschäftsstellen: Markt 24 und Gr. Ulrichstraße 52.

Nr. 80.

Halle, Sonnabend, den 16. Februar

1918.

Vor Rumäniens Antwort.

Saltzens Polen wollen wegen der Festsetzung der ukrainischen Grenze den Generalstreik inszenieren.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB Großes Hauptquartier, 16. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit, die sich in der Champagne zwischen Tahure und Ripont am Abend verhielt.

Keinere Unternehmungen unserer Infanterie in Flandern und östlich von St. Mihiel hatten Erfolg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

19000 Tonnen versenkt.

Berlin, 15. Februar. (Amtlich.) Bei starker Bewölkung und Gegenwirkung versenkten unsere U-Boote im Bismarckkanal sechzehn

19000 T. R. - L.

feindlichen Handelsschiffen. Unter den versenktesten Schiffen, von denen die meisten tief haben waren, befanden sich zwei große Dampfer von 6000 T. R. - L., deren einer ein Landdampfer war.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Was wird Rumänien antworten?

Deutschlands Ultimatum soll nicht beantwortet werden.

Paris, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Laut „Daily Telegraph“ berichtet „Gazette“ aus Jassy: Es wird bestätigt, daß wegen der Neubildung des rumänischen Kabinetts General-Edmarichow in Madrasen dem General Kerescu eine Frist von 48 Stunden zur Beantwortung des Ultimatums an Rumänien gestellt habe.

In Washington ist nach einer Meldung der „Exchange Telegraph“ eine Mitteilung aus Jassy eingetroffen, in der gesagt wird, die rumänische Regierung habe beschlossen, auf das deutsche Ultimatum nicht zu antworten. Rumänien habe wissen lassen, daß es der Sache der Alliierten treu bleiben werde.

40000 deutsche Kriegsgefangene in Petersburg.

Stockholm, 16. Februar. (Eigene Drahtnachricht.)

Aus Petersburg wird gemeldet, daß die örtlichen Behörden bereits mit der Entlassung der Kriegsgefangenen begonnen haben, aber keine Maßnahmen für ihren Abtransport getroffen haben. In Petersburg und Umgegend sollen sich über 40000 deutsche Kriegsgefangene aufhalten ohne jede Aussicht.

Russische Freiwillige für Frankreich.

Stockholm, 16. Februar. (Eigene Drahtnachricht.)

Moskauer Blätter enthalten die Mitteilung, daß ein großer Teil der zu Beginn des Krieges freiwillig ins Feld gegangenen Russen sich zusammen gesogen hat, um nach Frankreich zu gehen und dort gegen Deutschland weiterzukämpfen.

Russischer Appell an die Weibskämpfer.

Stockholm, 16. Febr. (Eigene Drahtnachricht.)

Aus Petersburg wird gemeldet: Die Regierung hat anfänglich der fortwährenden Plünderungen in Petersburg alle Weibskämpfer aufgefordert, sofort mit einem geregelten Leben zu beginnen oder innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Jeder Wiederholungsfall wird bestraft und die Weibskämpfer sollen sofort erschossen werden.

Die Republik Weiß-Rußland.

Zusammentritt einer besonderen Rada.

Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Der Herr „Bund“ bezieht: Die einseitig angedeutete weißrussische Rada werde sich demnächst in Minsk versammeln, um die Autonomie Weißrusslands im Bereiche der russischen Bundesrepublik festlich zu erklären. Die Rada wird auch die Grenzen von Weißrussland feststellen. Sie wird auch eine Resolution über die unerwünschte Beteiligung des Rubens an der Bewirtschaftung eines Dekret über die Gründung einer Nationalarmee verabschieden.

Antündigung eines polnischen Generalstreiks.

Frankfurt a. M., 16. Febr. (Priv.-Tel.)

Die „Frei. Ztg.“ meldet aus Lemberg: In Lemberg stellten die vereinigten polnischen Parteien Versammlungen ab, in denen beschlossen wurde, den Generalstreik zu inszenieren. In allen Kernen, Anstalten, Schulen und Werkstätten wird die Arbeit zum Zeichen des Protestes gegen die neue ukrainische Grenze eingestellt.

Einberufung des finnischen Landtages nach Waja.

Stockholm, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Laut Meldungen aus Haparanda soll die schwedische Grenze für alle russischen Untertanen gesperrt werden. Das russische Militär beginnt Björneborg zu verlassen. Angeblich steht die Einberufung des finnischen Landtages nach Waja bevor.

Der Friedensantrag der englischen Arbeiter.

72 Unterschriften von Parlamentariern.

Amsterdam, 16. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Morning Leader glaubt nicht, daß die friedensfeindliche Mehrheit des Unterhauses von ihrem Standpunkt abzuweichen wird. Man stimmt an, daß es in künftigen Debatten kommen wird, da der Antrag der Arbeiterviertel, mit den Zentralmächten über einen Waffenstillstand zu verhandeln, noch ehe die Feindschaftskämpfe beginnen, bereits 72 Unterschriften trägt.

Lloyd George reist nach Paris.

Befprechung der veränderten Lage.

Amsterdam, 16. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Lloyd George begibt sich nach Berichten aus London wahrscheinlich nächste Woche nach Paris, um die veränderte Lage in Ozeuropa mit den Alliierten zu besprechen.

Orlandos Mahnung an die Entente.

Lugano, 16. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Rom berichten die „Mittler“: Orlando wird in der Kammer veranlaßt erklären, daß Italien trotz des Ausschließens Rumäniens aus den Reihen der Verbündeten auf der Seite der Entente bleiben werde. Er wird über dieser Erklärung die dringende Mahnung an England, Frankreich und Amerika hinzusetzen, Italien zur Lebensfähigkeit mit Kohlen, Stoffen und vor allem Dingen mit Lebensmitteln zu helfen.

Die Zustände im italienischen Heer.

T. U. Lugano, 16. Febr. Das „Giornale d'Italia“ veröffentlicht eine Unterredung eines Kriegsberichterstatters mit dem Obergeneral Diaz, dessen Aussagen die Annahme gestatten, daß das italienische Heer von bolschewistischen Ideen und der russischen Antikriegspropaganda stark durchdrungen sein muß. Diaz appelliert mit demselben Wort an das Volk und an die Familien in der Heimat, mit Worten und Taten den höchsten Patriotismus zu betätigen, damit die Soldaten während ihres Urlaubes im Stillsitzen ermutigt und in soldatischer Moral gestärkt werden und so von ihren Ideen geheilt in die Schützengräben zurückkehren.

Sturm in der italienischen Kammer.

T. U. Lugano, 16. Febr. Die heftige Kamerarrede wurde zu einer einzigen großen Beschimpfungsschlacht zwischen den offiziellen Sozialisten und den Regierungskritikern aus. Was lag dazu bei ein Antrag, den Sozialisten Deglossoni wegen Kriegseindlichen Neben außerhals der Kammer gerichtlich verfolgen zu lassen. Der Antrag wurde mit 178 gegen 39 Stimmen angenommen. Die Regierung verhielt sich vollständig passiv. Wechselseitige Standesfragen ereigneten sich, während General Diaz (parlamentarischer Union) schwere Anklagen gegen die gesamte militärische Leitung des Krieges erhob und eine parlamentarische Untersuchungskommission forderte. Die Tagespresse glaubt den ausweglos gewordenen General mit der Besetzung Querciani abwickeln zu können.

(Siehe Depeschen Seite auch Seite 3.)

Der ablaufende Waffenstillstand.

Die Regie! Die deutschen Reichsbehörden werden es offenbar nie lernen, eine Sache richtig in Szene zu legen. Stets erneut wurde im Verlaufe dieses Krieges darüber Klage geführt werden, daß eine Meldung amtlicher Natur in einer Weise der Deutlichkeit übergeben wurde, die — zweifellos nicht beabsichtigte — Fälschungen zur Folge hatte. Mehrfach wurde eine laute Wirkung erzielt, wo im allgemeinen Interesse, sagen wir, ein Bombenerfolg hätte erzielt werden können. Und andererseits erzeugte man durch die Art der Weitergabe der Nachrichten Freude im Lande, wo ein sonderlicher Anlaß zur Freude gemäß nicht vorlag. Zu dieser letzten Kategorie von Nachrichten gehört jene Nachricht, daß Trocki die Beendigung des Kriegszustandes erklärt habe. Hierin glaubte man eine Art von Friedensangebot sehen zu können. In Berlin flaggte man die Häuser und noch größerer Jubel herrschte in Wien und Sofia. Das Mißverständnis der Bevölkerung war erklärlich. Man konnte in der Tat die amtliche Meldung so auffassen, als ob nun der Friede im ganzen Osten gesichert sei. Nach den mit Trocki gemachten Erfahrungen konnte man aber auch instinktiv sehen, und zu den pessimistischen und misstrauischen Presseorganen gehörten auch wir. Herr Trocki, so sagten wir gleich nach Bekanntwerden der amtlichen Meldung, will den Frieden nicht. Nachdem er zwischen Kampf und Frieden zu wählen hatte, wählte er keines von beiden, da er das eine nicht will und das andere nicht kann. Er wollte der Welt einen Trocki-Frieden bestreiten, der ihm alle Möglichkeiten einer weiteren, aus dem Hinterhalt geführten, gegen den Bestand des Deutschen Reiches in seiner bisherigen Form gerichteten, Kriegsführung offen ließ. Das hatte auch sofort bei Angabe der Erklärung Trockis in West-Litoff die deutsche Delegation erkannt, und ihr Leiter, Staatssekretär von Kühlmann, erklärte, daß jene Mitteilung als Kündigung des bisherigen Waffenstillstandes aufgefaßt werden müsse. Hätte man diese letztere Mitteilung nicht vier Tage verschwiegen, sie vielmehr gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Trockis'schen Erklärung veröffentlicht, dann hätte niemals die nach Lage der Dinge durchaus unangebrachte Friedensrede in Berlin, Wien und Sofia entfallen können. Die nachträgliche Bekanntgabe der eigentlichen Vorgänge in West-Litoff muß in weiten Schichten der Bevölkerung, die die Einzelheiten weniger genau verfolgen, Verwirrung anrichten. Das führt dazu, den deutschen Unterhändlern, die ein Recht darauf haben, volles Vertrauen zu besitzen, und die inzwischen auch gezeigt haben, daß sie es verdienen, dieses Vertrauen zu schmalern. Deshalb sind solche Regiescher auf das beharrestet zu befragen.

Wie liegt die Lage jetzt im Osten? Der Waffenstillstand wurde zu dem klaren Zweck abgeschlossen, einen Frieden jenseits zu bringen. Wesentliche Verhandlungen führten nicht zum Ziel, weil die Regierung Lenin-Trocki, trotz des weitgehenden Zugestimmens der Mittelmächte, gar keinen Frieden wollte, weil ihr die Agitation höher als der Friede stand. Wenn die kollektivistische Regierung von einer Demobilisierung in West-Litoff sprach, so war dies für uns nicht weiter als eine phrasenhafte Nebenart, die nur einen weiteren Schritt im Sinne der westlichen und miszifischen Petersburger Politik darstellte. Sie wollte ja gar nicht demobilisieren, sondern mobilisieren! Während zuerst auch mit der Demobilisierung wieder allerlei Gumbig gerrieben wurde, soll sie nunmehr anheimelnd endgültig feststehen. Aber in der Tat liegt die Sache doch so, daß in Rußland kaum etwas zu demobilisieren ist! In Rußland, aus der Zeit des zarischen Regimes kommende Armee ist außer Rand und Band. Sie muß ganz einfach von den Bolschewisten demobilisiert werden, um dem Wäuber- und Vandalenwesen wenigstens einigermaßen beikommen zu können. Sie muß auch deshalb demobilisiert werden, um die Möglichkeit für eine Mobilisierung zu schaffen. Die bolschewistische Regierung muß sich eine Armee von ihr unbedingt ergebenen Truppen schaffen. Dazu bedarf die Auflösung der bisherigen Wehrkräfte. Und deshalb war die Ankündigung Trockis nicht weiter als Sand in die Augen der Vertreter der Mittelmächte und ihrer Verbündeten. Die in Aussicht genommene revolutionäre Armee soll aus einzelnen Nachrichten zunächst eine halbe Million stark sein. Das wäre gewiß keine Armee, die Furcht und Schrecken einflößen könnte. Wer aber garantiert dafür, daß diese Armee nicht tatsächlich größer wird? Und wer bietet eine Sicherheit dafür, daß diese Armee der roten Garben nicht erneut gegen die Zentralmächte in Bewegung gesetzt wird? Der unregelmäßige, laienrechtliche und unregelmäßige Trockiismus ja auch eines Tages auf den Gebanzen kommen, daß durch einen Wozarisch eine phantasmagorische Revolution in Deutschland, die er auf sein propagandistisches Weis nicht erreichen kann, gefördert wird? Kurz, der Möglichkeiten gibt es viele, die es umzingeln, klare Verhältnisse zu schaffen. Was heute leicht ist, kann in Wochen oder Monaten weniger leicht sein.

Eine Ostmarken-Debatte im Landtagsauschuß.

Der Minister des Innern Dr. Drews über die bisherige und künftige Polen-Politik. — Heftige Rede eines Polen. — Der Streit um das Cholmer Land.

Das nicht nur Trost, sondern auch die heilige katholische Regierung nicht den baldigen Abschlus eines christlichen Friedens will, geht aus der Behandlung der deutschen Kommission hervor, die auf Grund der im Dezember in West-Litauen gefassten Beschlüsse nach Petersburg entsandt wurde. Petersburg ist, wie sich herausgestellt hat, nicht der geeignete Ort für Verhandlungen jeglicher Art, da er nicht die genügende Sicherheit für das Leben der Delegierten bietet. Die deutschen Vertreter hätten pflichtgemäß ausreisen müssen, wenn sie immer noch hoffen, an der Neuausweisung der Ergebnisse zu kommen. Das dies aber durch das Gelingen der Lenin und Trostki nicht möglich ist, hat die heilige Regierung der Regierung beschieden. Wenn die deutschen Vertreter aus Petersburg abberufen werden, was zweifellos das richtigste wäre, dann bedarf es keinerlei Kündigung des Waffenstillstandes, weil dieser durch Trostki's Erklärung in West-Litauen tatsächlich bereits gekündigt worden ist. Da der Kündigung eine feierliche Wertigkeit zu folgen hat, wäre der Waffenstillstand mit dem morgigen Sonntag abgelaufen! Der Kriegszustand würde damit erneut beginnen, woran nichts dadurch geändert wird, daß die Volkswirtschaft — juristisch — erklärt: Wir machen nicht mit. Ob und inwieweit militärische Folgerungen aus dem Wiederbeginn des Kriegszustandes gezogen werden, können wir getrost der Obersten Heeresleitung überlassen. C. H.

Der Reichshaushaltentwurf für 1918.

In den Vorbemerkungen zu dem Heberbüchlein über den Reichshaushaltentwurf für 1918 heißt es u. a.: Die für die Durchführung des Krieges benötigten Mittel werden noch Bedarf durch besondere Haushaltsvorlagen angefordert. Die fortwährenden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts und der Verwaltung der Kaiserlichen Marine werden während des Krieges, dessen ferner Dauer sich nicht voraussagen läßt, wie bisher aus den Kriegsfonds bestritten werden; sie sind deshalb in den vorliegenden Haushaltsentwurf einbezogen worden. Die Kriegsergebnisse machen, wie im Vorjahr, eine unvollständige Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1918 unmöglich. Es sind deshalb, wie für 1917, im allgemeinen die Umsätze des letzten Friedensjahrs übernommen worden, wobei diejenigen Veränderungen und Ergänzungen berücksichtigt sind, welche durch den Verlauf und durch andere in ihrer Wirkung feststehende Tatsachen bedingt werden. Die wesentlichen dieser Veränderungen betrifft die ordentlichen Ausgaben für die Reichshäuser.

insbesondere für deren Vergütung und Umlage, die, entsprechend dem Verfahren im Haushalt für 1917, mit dem tatsächlich erforderlichen Betrag in Höhe von rund 8908 Mill. Mark erscheinen.

Zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Haushalt zeichnen die Einnahmen aus den bisherigen Kriegsergebnissen nicht aus. Der fehlende Betrag von 2875 000 000 Mark wird aus

Kriegssteuern

gedeckt werden. Die entsprechenden Vorlagen werden dem Reichstage demnächst vorgelegt.

Die Beschaffung der Fremdwörter ist weiter durchzuführen.

Im einzelnen ist über die Schätzung des Haushaltsplans folgendes hervorzuheben:

Bei den Einnahmen sind im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung die 1917 mit 1250 Millionen Mark angelegten Kriegssteuern im einzelnen veranschlagt worden, und zwar: der Praxisturbinensteuer mit einem Mehr von 4 500 000 Mark, die Abgaben von Personen- und Güterverkehr mit 127 400 000 Mark und 140 000 000 Mark, die Kohlensteuer mit 495 000 000 Mark. Weggefallen ist die Stempelabgabe von Personenahntarten mit 23 520 000 Mark und der einmalig erhobene Zuschlag zur außerordentlichen Finanzvermehrung der 1917 mit 13 769 000 Mark angelegte Zuschlag aus dem Steuerbefreiungsberechtigungsfonds, welcher im laufenden Jahre aufgeführt wird, weggefallen.

Bei den außerordentlichen Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind soweit als möglich die Regelung der Gehälter nach Dienstverhältnissen und die Veränderungen in den Ausgabenansätzen berücksichtigt, die sich aus wechselnden Preisverhältnissen oder aus tatsächlichen Betriebsbedürfnissen ergeben.

Der seit Kriegsbeginn im allgemeinen durchgeführte Grundsatz, während des Krieges

neue planmäßige Stellen

nicht auszubringen, hat sich nicht mehr aufrechterhalten lassen. Soweit sich nach eingehender Prüfung ergab, daß eine Vermehrung der Stellen unvermeidlich sei, ist eine solche nunmehr vorgehoben worden.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Haushalts betragen sich auf die Fortführung bereits begonnener Maßnahmen, wie sind nur ausnahmaweise bei dringenden Bedarf vorgehoben. Beim Reichswirtschaftsausschuß sind als Beitrag des Reichs zur Gründung eines Reichsausschuß für Maßnahmen wiederum 730 000 Mark und für die Kosten der Beauftragung von Entwürfen für den Ausbau des Reichsausschußes 200 000 Mark ausbezahlt. Bei der Vermehrung der Reichsfinanzbehörden ist u. a. ein Betrag von 27 300 000 Mark (1917 — 11 324 000 Mark) für die Vergrößerung des Reichsarchivs vorgehoben. Die in den Haushalten der allgemeinen Finanzverwaltung wieder eingestellten Geldmittel zur Gründung von

Unterstützungen an Beamten im Ruhestand und solche Personen, die ohne die Eigenschaften von Beamten zu haben, im Reichsdienst beschäftigt gewesen sind, sowie ihre Hinterbliebenen vorzulegen sind.

Beim außerordentlichen Haushalt werden 318 Millionen Mark angefordert. Sie betreffen Ausgaben beim Reichswirtschaftsausschuß und bei der Reichswehrverwaltung, welche nach den bestehenden Grundlagen auf die Anteile zu übernehmen sind. Beim Reichswirtschaftsausschuß handelt es sich um den Wohnungsfürsorgefonds, für den infolge der Bedeutung seiner Zweckbestimmung aus Kriegszwecken die nötigen Mittel und Mitteln von im Krieges Gefallen wie im Vorjahr 10 Millionen Mark vorgehoben sind. Der weitere Anlauf von 300 Millionen Mark gründet sich auf § 12 des Gesetzes vom 7. November 1917 über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Zur Schuldentilgung werden bereitgestellt: 31 128 225 Mark, welche gemäß § 5 der Reichsschuldentilgungsgesetz vom 7. November 1917 über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Der verklärte Staatshaushalt des Abgeordnetenhauses bezog am Freitag den Anschließungszeit und über die Finanzverhältnisse.

Der konservative Berichterstatter teilte in seinen Erörterungen über die Entwicklung der politischen Lage mit, daß der Anschlag des Herrenhauses mit zwölf gegen acht Stimmen beschloß, dem Haupte die Annahme der Regierungsvorlage vorzuziehen, wodurch das Entschuldigungsrecht in der Diktatur aufgehoben werden soll. Der Redner meinte, angeht des

jetztigen Generalstreiks in Warschau

und des Verhaltens der polnischen Demokratie werde man vielleicht die Schuld am ehesten dem Großpolenland nicht abtragen dürfen.

Minister des Innern Dr. Drews wies auf seine im Verfassungsausschuß abgegebenen Erklärungen über die künftige Polenpolitik hin. Der Krieg habe die Staatsregierung veranlaßt, den Versuch zu unternehmen, den deutsch-polnischen Streit wenn möglich zu beendigen.

Überdies sei dieser Entschluß der Regierung nicht leicht geworden, zumal angesichts der Neben der Abgeordneten Kammer und a. Kammer, aus denen nicht die Regierung zur Verfügung der Regierung habe. Indessen bewiesen die polnischen Kriegsteilnehmer einen Patriotismus, von dem zu hoffen sei, daß er auch nach dem Kriege weiter wirken werde. Das sei auch die Überzeugung der Beschäftigten. Es gebe unter den Polen eine Strömung nach Verständigung mit den Deutschen. Selbstverständlich könne es keine Verständigung geben mit denjenigen, welche die Abtrennung von Preußen angeht.

Erstreichung eines autonomen preussischen Polens

anzutreiben. Im Interesse des künftigen Friedens sei die Polenpolitik nachzuprüfen, die Maßnahmen zur Förderung des Deutschtums müssten aber beibehalten werden. Das deutsche Element dürfe nicht unter die Räder geraten. Das Anschließungsrecht müsse bestehen bleiben,

aber auch die Ansiedlung der Polen werde der Staat unterstützen, soweit dadurch nicht die deutsche Ansiedlung planmäßig geteilt werden solle. Nur an der anderen Volkspartei werde polnischer Religionsunterricht erteilt und zwar durch Geistliche, wie das der Kultusminister auf Kriegsdauer gestattet habe. Die Volksschule aber müsse unbedingt deutsch bleiben und nicht doppelsprachig werden. Soweit das die Volksschule erreichen kann, sollen alle preussischen Staatsangehörigen deutsch sprechen. Alle Mitteilungen der bis-

zur Durchführung der 4 1/2 Prozentigen aus 105 500 Reichsmark auszuführen. Die VII. Kriegsanleihe sind 16 940 000 Mark vorgehoben.

Durch das Haushaltsgesetz wird — wie im Vorjahr — angeordnet, daß eine Tilgung der Kriegsanleihe nicht stattfindet, weil hierüber erst nach dem Friedensschlusse bestimmt werden kann.

Der Schatzverweilungsbeitrag für die 1917 aufgesetzten Militärdenkmäler, um die im Finanzgesetz für die Tilgungsmachung der Kriegsanleihebestände einen größeren Spielraum zu gewähren.

Die ungedeckten Militärbeiträge sind nach dem Satz von 50 Pf. für den Kopf der Bevölkerung von 1910 auf 51 940 794 Mark herabgesetzt.

Zum Haushalt für die Schutzgebiete

wird bemerkt: „Der Krieg hat die Verbindung mit den Schutzgebieten nahezu völlig unterbrochen. Da es schon aus diesem Grunde noch wie vor unmöglich ist, die Wirkung der eingetretenen Verhältnisse auf die einzelnen Schutzgebiete zu übersehen, so ist ebenso wie bisher nur in einzelnen gealterter Haushaltplan aufgestellt, sondern nur durch ein Gesetz besorgt getroffen, daß für den Haushalt der Schutzgebiete im Rechnungsjahr 1918 die Bestimmungen des Haushalts für das Rechnungsjahr 1914 maßgebend bleiben.“

Der ordentliche Haushalt

schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7 332 699 308 Mark, davon 4 491 876 000 Mark im Vorjahre. Die Steigerung ist in der Hauptsache auf das Anwachsen der für die Vergrößerung der Reichshäuser erforderlichen Summen von 3 561 612 248 Mark auf 5 907 578 249 Mark zurückzuführen. Die Einnahmen aus den Kriegssteuern steigen von 1250 Millionen Mark auf 2875 Millionen Mark. Der außerordentliche Haushalt zeigt mit 108 065 323 Mark Einnahmen und 426 068 323 Mark Ausgaben einen Nettobetrag von 318 Millionen Mark, der durch Anleihe auszubringen ist.

Fraktionsbesprechungen bei Payer.

Berlin, 16. Februar. Aus Anlaß der bevorstehenden Tagung des Reichstages haben gestern Besprechungen zwischen dem Reichsanführer Payer und den Vertretern der Parteien begonnen. Die Verhandlungen, die den Gang der Verhandlungen und die politische Frage zum Gegenstand haben, werden von Grafen v. Payer laut „A. V.“ mit den vergeblichen Fraktionen gelobt geführt. Zu erst wurden, wie das „A. V.“ meldet, die Führer der konservativen Fraktionen empfangen. Die Besprechungen dauerten etwa eine Stunde. Dann folgte die Sozialdemokratische Fraktion unter der Führung Scheidemanns, mit denen der Reichsanführer über 1 1/2 Stunden verhandelte. Heute sollen auch die übrigen Fraktionsführer empfangen werden.

Die Beratungen im Hauptquartier.

Die gestern erfolgten Besprechungen des Reichsanführers Grafen v. Payer und der Admirale von Holthoff und von Capelle am Großen Hauptquartier nach Berlin zeigt zugleich die Bedeutung der wichtigen Beratungen an, die nach Vorträgen beim Kaiser mit dem Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff stattgefunden haben. Es ist, wie die „A. V.“ meldet, eine außerordentlich wichtige Sitzung gewesen.

herigen Vorgesetzungsfindung sind ein Versuch, dem nur dann Erfolg zuteil werden kann, wenn die Polen als Mitglieder des unterliegenden preussischen Volkes fühlen. Würde entgegen den Erwartungen die Entwicklung eine andere sein, so müßte sich die Staatsregierung weitere Entschlüsse vorbehalten.

Einem konservativen Redner erschienen die Ausführungen des Ministers des Innern als optimistisch; der Redner meinte die Erwartungen des Ministers in Bezug auf die zukünftige Haltung der Polen nicht teilen.

Reichstagspräsident Ministerpräsident Dr. Friedberg wies darauf hin, daß wiederholt und von verschiedenen Seiten gemeldet worden ist, einer Verzicht der Verständigung mit den Polen zu machen, nachdem sie sich im Krieges so patriotisch verhalten haben. Es handle sich darum,

die Spigen der Polenpolitik abzuschleifen.

ohne ihren auf Erhaltung und Stärkung des Deutschtums hinauslaufenden Grundzug zu beibehalten.

Ein polnischer Abgeordneter ging in einer heftigen Rede, während er von den Rednern wiederholt zur Mäßigung gemahnt wurde, auch auf die auswärtige Politik, den Friedensschluß mit der Ukraine und die Angleichung des Cholmerlandes an das neue Staatswesen ein. Dies laufe getrieben auf

eine vierte Teilung Polens

hinaus. Der Redner erhob deswegen scharfe Angriffe gegen die Vertragsschließenden. Die Zugeständnisse gegenüber den preussischen Polen bedeuten, es als viel zu geringfügig und teilweise insbesondere in Bezug auf die Schulp und auf die Verwaltung viel weitgehender Forderungen.

Im weiteren Verlauf der sehr lebhaften Debatte wurden die Ausführungen des polnischen Redners sowohl von der Staatsregierung als auch von den Rednern der anderen Parteien zurückgewiesen.

Das sozialdemokratische Mitglied meinte u. a., daß einer polnischen Irredenta am besten durch gerechte Behandlung der preussischen Polen und freiwirtschaftliche Zustände im ganzen Staate vorgebeugt werden könnte. Wenn der Pole ausgeführt habe, daß man seinen Wille die alten Träume nicht nehmen könne, so könnten die Polen diesen Träumen nachgehen, aber sich nicht darüber äußern, daß es Träume bleiben, da das Gebiet des Deutschen Reiches unerschütterlich gehalten zu bleiben müsse.

Der Reichstagspräsident und die Ostmarkenangelegenheiten wurden demnächst mit der Ansiedlungsentscheidung für 1916 zur Kenntnis genommen.

Abereinstimmung in allen aktueller Fragen nicht herbeizuführen, sondern festgelegt werden. Wie wollen annehmen, daß bei den getroffenen Entscheidungen die große Gefahr nicht übersehen werden ist, die der Ukraine von Bolschewismus droht. Diese Gefahr, die leider nicht nur theoretische Bedeutung hat, stellt gleichzeitig auch die praktische Durchführung des wirtschaftlichen Abkommens zwischen den Mittelstaaten und der Ukraine in Frage. Aufrecht darf nicht unterlassen werden, daß der Austausch von Lebensmitteln und Rohstoffen, von Maschinen, Halbfabrikaten und fertiger Ware ist für die Fortführung und Beendigung des Krieges zu wichtig, als daß wir glauben könnten, er wäre bei den Entscheidungen im Großen Hauptquartier zu vernachlässigen und vernachlässigen zu werden. Wir haben das umgebende Interesse, daß die Oberste Heeresleitung der polnischen Staatsregierung jede Genüge für etwa notwendig werdende Maßnahmen geboten habe wie.

Eine Erklärung des Landwirtschaftsrates.

In der weiteren Beratung des Landwirtschaftsrates, über die wir bereits in unserer Morgen-Ausgabe berichteten, wurde eine Erklärung angenommen, in der es heißt:

„Die deutsche Landwirtschaft ist sich des Grades der Stunde wohl bewußt und wird dem Vordringen geben, was sie imstande ist. Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse wird die deutsche Landwirtschaft unermüdet und unerschrocken weiter arbeiten und den tapferen Männern im Felde und in der Marine bis zum Entschlus über unsere Feinde treu zur Seite stehen. In diesem Sinne richtet der Deutsche Landwirtschaftsrat an alle Landwirte die dringende Mahnung, in dem uns noch bevorstehenden Entscheidungskampfe alle Kraft anzubringen, um dem Boden die zur Ernährung unseres Volkes nötigen Lebensmittel abzurufen und ihr Vorgesetztes für die Ernährung des Volkes herzugeben.“

Die Kundgebungen in Riga.

Wohin wir unter der Herrschaft der russischen Volkswirtschaft bei Kümmern der höchsten Anstrengungen kommen würden, zeigen die letzten Kundgebungen in Riga zur Genüge. Wie bereits bekannt geworden ist, haben wiederholt Demonstrationen in Riga stattgefunden. Diese Kundgebungen richteten sich nicht etwa gegen das Deutschtum oder die deutsche Herrschaft in den baltischen Gebieten, sondern bezogen auf der selben Grundlage, auf der man auch die Arbeiter in Oden-Bez. Wien und Berlin in den Streik zu ziehen versucht hat. Man fand bei den Demonstrationen Flugblätter, die ersichtlich in Petersburg hergestellt waren und die etwa in dem Ruf „Nieder mit dem Militarismus, nieder mit der Monarchie, nieder mit dem Kapitalismus“ gipfelten. Die Bewegung fand bei gewissen Teilen der halbpolnischen Bevölkerung stark Unterstützung, wurde aber, als sie auf militärischen Widerstand stieß, sofort auseinandergezogen. Welche Art die Elemente sind, die diese Bewegung gefördert haben, geht aber, wie die „A. V.“ meldet, daraus hervor, daß 48 Stunden später zwei deutsche Soldaten ermordet wurden. Die Verbreiter sind bisher noch nicht festgestellt. Aus Anlaß dieser verbrecherischen Untertaten hat aber sofortige Maßnahmen unternommen worden, um die Ruhe in der Stadt herzustellen. Dagegenmerkmale sind diese scharfen Maßnahmen auch die volle Zustimmung weiterer Kreise der lettischen Bevölkerung. Führende Persönlichkeiten des lettischen Mittelstandes haben sich offen dafür ausgesprochen, daß sie einen Anlauf des Baltismus an